

Volkstimme

Einzelpreis 1.25 M.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortl. Redakteur Wilhelm Riebelohr jun., Magdeburg. Verantw. für Inserate: Wilhelm Riebelohr jun., Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 861, Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 114.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 84.00 Mark, monatlich 28.00 Mark. Beim Abholen vor Ort und den Ausgabestellen vierteljährlich 80.25 Mark, monatlich 26.75 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 84.00 Mark, monatlich 28.00 Mark. — Anzeigengebühren: die Spaltenreihenweise 4.50 Mark, auswärts 6.00 Mark, im Restamtzeit 17.00 Mark, auswärts 23.00 Mark. Vereinstafel der Zeit 4.00 Mark. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 144.

Magdeburg, Freitag den 23. Juni 1922.

33. Jahrgang.

Heulen und Zähneklappen.

Der 28. Juni.

Die Presse der Rechtsparteien markiert ein großes Heulen und Zähneklappen. Einmal wegen des entschlossenen Kampfes der Sozialdemokraten gegen den beachtlichen Brotwucher und zum andern, weil die Sozialdemokratische Partei Wiens macht, dem nationalitätlichen Rummel entgegenzutreten.

Dem Bürgertum wird wieder einmal der bolschewistische Wahn gezeigt, gegen den zur „Abwehr“ aufgerufen wird. Worauf man in Wirklichkeit hinaus will, das jagt mit bemerkenswerter Offenheit ein Artikel in der monarchistischen „Deutschen Zeitung“, die von den geplanten

nationalistischen Kundgebungen am 28. Juni

annimmt, daß sie sich „zu einer gigantischen blutigen Auseinandersetzung auswächst“. Wie dieses Blatt, das die rechte Kost für jene Verbände liefert, die den Kummel am 28. Juni veranstalten, seine Anschauung begründet? Sehr einfach, weil der sozialdemokratische Parteiauschuß ebenfalls zu Demonstrationen am 28. Juni aufgefordert hat.

Die Herrschaften in den „nationalen Verbänden“, sie treten vorzüglich nicht mit Namen, sondern nur anonym an die Öffentlichkeit, täuschen sich, wenn sie glauben, mit solchen Drohungen die Arbeiterkraft so zu schrecken, daß sie stillschweigend dem nationalitätlichen Böbel das Feld räumt. Im Gegenteil. Die Arbeiterkraft wird den 28. Juni, der als Sturmtag gegen die Republik gedacht ist, zu einer Demonstration für die Republik machen, an welche die Nationalisten denken sollen.

Die Mitteilung der „Deutschen Zeitung“, daß die „nationalen Verbände“ des Glaubens sind, daß es am 28. Juni zu einer gigantischen blutigen Auseinandersetzung kommen wird, ist sehr zu begrüßen. Die Arbeiterkraft kann sich nun rechtzeitig darauf einrichten und ihre Maßnahmen so treffen, daß alle Provokationen unwirksam bleiben.

Ohrfeigen für die Reichswehr.

Die Arbeiterkraft und mit ihr alle ehrlichen Republikaner haben um so mehr allen Anlaß, dem Aufruf des sozialdemokratischen Parteiauschußes zu folgen und für die Republik am 28. Juni zu demonstrieren, als aus Ober- und Ostpreußen berichtet wird, daß dort die sogenannten „nationalen“ Kreise die Uebergabezeremonien zu einer unbeschämten nationalitätlichen monarchistischen Demonstration gemacht haben. Die Reichswehr natürlich voran.

Nach einer Mitteilung des in Benthien erscheinenden deutschen Zentrumorganes, des „Kuriers“, hatte die Reichswehr den Wunsch ausgesprochen, unter dem kaiserlichen Schwarzweißrot in Oberpreußen einzuziehen. Sie weigerte sich, die republikanische, also die offizielle deutsche Reichsfahne zu hissen. Als „Ausweg“ sollte darum nur die preussische Landesfahne aufgezogen werden.

Dieser „Ausweg“ führte in Kreuzburg zu folgendem beschämenden Zwischenfall: Eine Kompanie Staliner sollte beim Flaggenwechsel nicht nur vor der sinkenden Flagge der Interalliierten, sondern auch vor der aufziehenden deutschen Flagge salutieren. Als aber an Stelle der schwarzrotgoldenen Fahne die preussische Landesfahne hochging, verweigerten die italienischen Soldaten die Ehrenbezeugung. Schandbar für die deutsche Republik, daß ihren Soldaten von Italienern gesagt werden muß, wie die deutsche Reichsfahne aussieht! Aber diese Ohrfeige haben die „republikanischen“ Behörden in Oberpreußen wohl verdient.

Das Zentrumorgan teilt weiter mit, daß ganz allgemein von den Behörden in Oberpreußen die alten Flaggen geholt wurden, weil die neuen Fahnen von Berlin nicht rechtzeitig geliefert worden waren, obwohl früh genug darauf hingewiesen worden war. Wir haben es also mit einer offensichtlichen Sabotage zu tun.

Was können die Republikaner dagegen tun? Immer wieder für die Republik einzutreten, für sie zu arbeiten, für sie zu kämpfen. Der 28. Juni muß deshalb allein schon ein Großkampfstag für die Republik werden.

Vom nationalitätlichen Rummelplatz.

In Potsdam fand ein Jägertag auf dem Jägerchießstand statt mit anschließendem Preischießen. Durch besondern Einfluß des Reichswehr-Infanterie-Regiments 9 wurden die Schießstände gesichert und abgesperrt. Der

ganze Stand war mit schwarzweißroten Fahnen gesäumt. Für die aus dem Reich erschienenen Schützen hatte das Infanterie-Regiment 9 die Feldküchen hergegeben.

Am Sonnabend findet der „Germanentag“ in Potsdam statt. In großen Maßstäben findet der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund an, daß der Zug sich um 4 Uhr im Lustgarten unter Vorantritt der Potsdamer Militärmusik in Bewegung setzt. Der Mittelmarsch auf dem Brauhausberg nachts um 12 Uhr wird gleichfalls unter Mitwirkung der Militärmusik vor sich gehen. Junker Jürgen v. Namin (Anhänger der Richtung Knüppel-Künze) hält die Festrede.

Ähnliche Veranstaltungen sind von nationalitätlichen Verbänden in Form von Fahnenweihen, Regimentstagen und so weiter in verschiedenen Orten für Sonntag geplant. Um ja keinen Zweifel über den Charakter der Veranstaltungen zu lassen, wird überall eifrig dafür Propaganda gemacht, die schwarzweißroten Fahnen zu benutzen, die damit klar und unmissverständlich als politisches Propagandamittel gekennzeichnet werden. Es kann niemand mehr im Zweifel sein, daß das Ausschlagen von schwarzweißroten Fahnen eine Demonstration gegen die Republik und gegen die Verfassung bedeutet. Ein Zweifel darüber kann höchstens noch bei gewissen Staatsanwälten und Richtern bestehen.

Den Höhepunkt des ganzen Kummels soll der 28. Juni bilden. Weil der Beschluß des sozialdemokratischen Parteiauschußes das ganze Konzept zu verderben droht, darum das Gerede in der nationalitätlichen Presse über den „Terror der Straße“. Laßt sie schreien. Wenn sie vor dem 28. Juni Heulen und Zähneklappen von wegen der angeblich bedrohten Meinungsfreiheit markieren, so soll sie wirklich nach dem 28. Juni ein Heulen und Zähneklappen ankommen, wenn sie die Massen der Republikaner gemustert haben und einsehen müssen, daß „ihr Tag“ wieder einmal nicht gekommen ist.

Obstruktionsversuche.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags begann bereits am Mittwoch mit der Beratung der Getreideumlage. Wie im Reichstag zu dem Gesetzentwurf von den Rechtsparteien nur Landwirte vorgeschickt wurden, so fanden sich auch im Ausschuß als Vertreter der bürgerlichen Parteien lediglich agrarische Interessenvertreter zusammen.

Zunächst wurde beschlossen, in Anbetracht der dringenden Wichtigkeit des Gegenstandes und seiner raschen Erledigung von einer Generaldebatte abzusehen. Dennoch aber wurde von den Deutschnationalen die Generaldebatte erzwungen, indem sie einen vom Abgeordneten Koelke eingebrachten Antrag begründeten, den grundlegenden Artikel 1 der Vorlage abzulehnen und damit den freien Verkehr mit Getreide infändischer Ernte herzustellen. Ein weiterer Antrag der beiden Reichsparteien will für die Umlage einen Scheinjahr in Form weitläufiger Maßnahmen herstellen, deren Wirksamkeit stark bezweifelt werden muß und deren Durchführung jedenfalls im Laufe der zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich wäre. Es handelte sich ganz offensichtlich um einen Verschleppungs- und Obstruktionsantrag, um zunächst einmal die Getreideumlage zu Falle zu bringen. Was danach wird, scheint den Herren von der Rechten ziemlich gleichgültig zu sein.

Genosse Käppler trat dem deutschnationalen Manöver entschieden entgegen. Er bezeichnete die Sicherstellung der Brotversorgung durch die freie Wirtschaft als eine Unmöglichkeit, ja als eine Katastrophe. Es handle sich jetzt darum, ob es außer der Umlage noch einen andern Weg gebe. Ein solcher sei aber vorläufig nicht zu sehen. Falls die Vorlage fallen sollte, müßte die Auflösung des Reichstags kommen. Die Frauen würden sich dann gegenüber ihrer Haltung vom 20. Juni 1920 eines Bessern besinnen.

Der Demokrat Böhm spricht den Wunsch nach Verständigung aus. Seine Partei behalte sich volle Freiheit gegenüber der Regierungsvorlage vor und werde sich erst entscheiden, wenn die Gestaltung des Ganzen zu übersehen sein werde.

Dr. Herz wendet sich namens der Unabhängigen gleichfalls scharf gegen die Obstruktionsversuche der Rechten, deren Abgeordnete sich nur als Landwirte gebärden, obwohl sie als Vertreter des ganzen Volkes gewählt seien. Die kleinen Landwirte müßten gesont, die großen härter belastet werden. Jeder die Preisfrage muß Klarheit geschafft werden.

Reichsernährungsminister Fehr: Nicht Freude an der Zwangswirtschaft, sondern Not veranlaßt uns, an der öffentlichen Bewirtschaftung in beschränktem Umfang festzuhalten. Grundfähig ist die freie Wirtschaft zur Förderung der Produktion am besten geeignet. Die Produktion braucht zu ihrer Förderung aber nicht nur Freiheit, sondern auch Ruhe und Ordnung, und darum ist für die volle Freiheit der Zeitpunkt noch nicht gekommen, sondern eine beschränkte öffentliche Bewirtschaftung notwendig. Wer für die Umlage ist, ist daher kein Gegner der Landwirtschaft. Schon durch die Freigabe der Wirtschaft, soweit sie erfolgt ist, sind breite Schichten des Volkes ins Glend gekommen. Bekommen wir die Umlage nicht, dann bekommen wir Auslandspreise für Brot. Dafür kann die Reichsregierung die Verantwortung nicht übernehmen.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, die zu erfassende Menge von 2 1/2 Millionen Tonnen auf 4 1/2 Millionen Tonnen zu erhöhen und nicht nur die mit Getreide bebauten Flächen, sondern die gesamten landwirtschaftlichen Flächen zu erfassen.

Von den Deutschnationalen ist demgegenüber ein Obsequialantrag eingelaufen, falls der Antrag auf Abhebung des § 1 und damit die gesamte Umlage abgelehnt werden sollte, die Umlage von 2 1/2 auf 1 1/2 Millionen Tonnen zu ermäßigen.

Gegen den Wunsch der Sozialdemokraten und Unabhängigen verlagte sich der Ausschuß nach 1 Uhr, trotzdem auch der Reichsernährungsminister seinem Bedauern über die durch eine Verlagerung entstehende Verzögerung der Ausschüßarbeiten Ausdruck gegeben hatte.

Die Schuld am Weltkrieg.

Im Preussischen Landtag wurde am Donnerstag die zweite Lesung des Etats des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten mit der Besprechung der Ernährungsfragen fortgesetzt.

Abg. Millian (Komm.): Die Landwirtschaft ist nicht der einzige Faktor, dem Wucher vorzuzuwenden ist. Industrie und Handel haben gleichen Anteil daran. Die Kaluta ist der Popanz, mit dem jeder Schwindel geheckt wird.

Abg. Schlange (Schöningen, dt.-nass.): Bei den Berliner Volksversammlungen am Freitag wird der Ministerpräsident hoffentlich (Zuruf links: Dem Schlange den Kopf zerschellen!) Wahrheit in die Massen hineingetragen. Er hat bemerkt und gewollt das entstellte, was ich vorgelesen habe. Diese Demagogie ist von den Parteien der Linken mitgemacht worden. (Abg. Meher (Berlin, U. S. P.): Ihnen gehören Ohrfeigen, Sie Froschhacker!) Ordnungsruf.) Unser Standpunkt ist gestern auch von den Mitgliedern der Koalitionsparteien im Reichstage geteilt worden. Unzweifelhaft kann nur bei einem kaufkräftigen Inlandsmarkt gelingen, deshalb muß wenigstens ein Teil der Bevölkerung kaufkräftig erhalten bleiben. (Unruhe links.)

Ministerpräsident Braun: Den guten Rat, den mir Abgeordneter Schlange erteilt, glaube ich ihm zurückgeben zu müssen. Er hätte mehr Veranlassung, einmal in sich zu gehen und zu prüfen, ob es nicht in seinem Interesse läge, etwas sachlicher, mit etwas weniger demagogischer Frageanzug aufzutreten. (Große Unruhe rechts.) Er hat es für geschmackvoll gehalten, gegen mich den Vorwurf zu erheben, ich hätte das, was er vorgelesen hat, entstellt. Der Abgeordnete Schlange hat auch nicht einmal den Versuch gemacht, nur eine einzige meiner gelesenen tatsächlichen Ausführungen zur Begründung dieses unerhörten Vorwurfs zu widerlegen. Solange er nicht einmal diesen Versuch macht, erkläre ich es für unmöglich, mich sachlich mit ihm auseinanderzusetzen. Wenn Sie davon gesprochen haben, es wäre erwünscht, daß der Ministerpräsident sich nicht auf das Niveau eines Demagogen stelle, so erkläre ich Ihnen, Herr Abgeordneter Schlange, nach Ihrer ganzen politischen Tätigkeit, besonders nach Ihrem Auftreten hier, wo Sie sich schon etwas kultivierter benahmen als im Kammerjahren, haben Sie die allergeringste Berechtigung, diese Aufforderung an mich zu richten. Sie steigen damit gerade auf das Niveau des Demagogen herab. (Große Unruhe rechts.) Ich kann nicht über alle Einzelheiten in den einzelnen Ministerien so vollkommen im Bilde sein, daß ich gleich, wenn es Herr Schlange beliebt, darauf eingehen kann. Darum habe ich es abgelehnt, Stellung zu nehmen, bevor der Ressortminister sich geäußert hat. Das mir zum Vorwurf zu machen, heißt an Demagogie das menschenmögliche leisten.

Damit ist der erste Abschnitt der allgemeinen Besprechung beendet. Das Haus geht über zur Besprechung der allgemeinen politischen Fragen in Verbindung mit den Anträgen betr. die Schuld am Weltkrieg.

Abg. Sartels (Berlin, Soz.): Zwischen der Regierung und dem Vorherrschen des Staatsrats sind Differenzen naturgemäß Natur aufgetreten. Wir müssen fürchten, daß diese Differenzen in Zukunft sich noch härter bemerkbar machen werden und würden begründen, wenn sich in diesem Hause recht bald eine Mehrheit für die Wiederherstellung des Staatsrats fände. Die Frage der Provinzialautonomie muß ihrer Lösung entgegengeführt werden. Auch wir wünschen weitgehende Durchführung der Selbstverwaltung der Provinzen, aber die Grenze muß beim Staatsinteresse gezogen werden, durch die Selbstverwaltung der Provinz darf das Staatsganze nicht erschüttert werden. Das in Oberpreußen gebende Vertrieben einer Abstimmung über die Autonomie muß gehalten werden. Wir haben es für besser an, auch für Oberpreußen selbst, wenn dieses Land mit Preußen verbunden bleibt und nicht ein auto-

Der Kampf um die Steuern.

Der Steuerkampf des Reichstags letzte am Mittwoch die Generaldebatte über die Zwangsanleihe, die Abänderung der Erbschaftsteuer und der Einkommensteuer fort. Der Reichstag erklärte für die Denkmäler, daß seine Forderung der Zwangsanleihe zustimme, obwohl sich die wirtschaftlichen Verhältnisse seit dem Abschluß des Kompromisses wesentlich verschlechtert hätten. Er soll dem Zentrum eine ähnliche Erklärung ab. Er tritt für eine Sonderanleihe ein.

Reichsfinanzminister Dr. Gerns erkennt an, daß sowohl bei der Erbschaftsteuer wie bei der Einkommensteuer die Notwendigkeit der Anpassung an die Geldentwertung gegeben sei. In dessen sei ein zwingender Grund, die Veränderung schon jetzt vorzunehmen, nicht vorhanden; technische und außenpolitische Erwägungen sprechen dafür, die entsprechenden Arbeiten erst in der Herbsttagung vorzunehmen. Das Erbschaftsteuergesetz müsse gänzlich umgearbeitet werden. Bezüglich der Abänderung der Einkommensteuer bestanden besonders in steuerlicher Hinsicht große Bedenken. Die Annahme, daß die Zwangsanleihe vorläge einen höheren Betrag als eine Milliarde — wie vorgesehen — ergebe, erklärte der Reichsfinanzminister für unbegründet.

Genosse Hartleb betont, daß das Steuerkompromiß auf eine Milliarde Goldmark laute, der Betrag also je nach dem Stande der Wärlute variabel sei. Eine Festlegung auf 60 Papiermilliarden widerspreche den Abmachungen. In seinen weiteren Ausführungen bestritt Hartleb an Hand von Beispielen, daß die Kapitalnot in Deutschland tatsächlich bestart ist, wie sie von den Reichsparteien immer geschildert wird. Nach wie vor seien in laitalkräftigen Kreisen besteht, sich vom Steuerzahlen zu drücken.

Der Unabhängige Soldmann unterstützte Hartleb in seinen Ausführungen und zeigte an weiteren Beispielen, daß das „Nationalbewußtsein“ der Reichsparteien nur bis an den Geldbeutel reicht. — Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. —

Die Stützen des Thrones.

In der monarchistischen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ schilderte kürzlich ein Mitarbeiter einen Kaschemenaußflug. Dabei entwarf er folgendes Genrebild:

Von einer kleinen Männergruppe sieht einer umringt, der aus den Westentaschen goldene Uhren und goldene Ringe zieht, eine nach der andern. In einer Ecke krant einer — umringt wieder von einer Sondergruppe — in einem Sack voller Stiefel. Und es wird gerant, geschwatzt, geschrien, gehandelt, wie in jeder andern Börse. Nur daß hier die Stimmen des verdächtigen Geschäftes stark eingebämmt werden durch Schmettermuß: „Gloria — Viktoria — mit Herz und Hand — die Wäglein im Walde“.

Nebrigens ist die Tatsache, daß gerade hier die alten Militärmarschlieder gespielt werden, typisch für das Milieu. Es ist völlig falsch, zu denken: diese Verbrechergilde sei hochbewußtlich gesinnt oder auch nur republikanisch.

Na also! Da sage noch einer, daß die Monarchie im deutschen Volke nicht eingewurzelt sei. Nebrigens war das schon immer so: es gab auch zu Wilhelms Mangelzeiten keine Antimierneipe, in der nicht sein martialisches Bild von der Wand strahlte.

Hoffentlich richtet sich nun das gesamte monarchistische Bürgerium danach und denkt bei jeder gekauten Uhr und bei jedem unangemeldeten Wohnungsbesuch zur nächstlichen Stunde an die hochwichtige politische Bedeutung dieser Tatsachen. Für seine Ideale muß man Opfer bringen können. Was ist eine gemauerte Uhr oder ein gekauter Geldschrank im Verhältnis zu den glänzenden Aussichten, die sich bieten, wenn der Thron der Monarchie wieder in vollem Glanz auf diesem seinem besten Fundament erstarkt? —

Der monarchistische Aufzug in Bayern

Die unter Mitwirkung von Reichswehr, Polizei und Beamtenchaft unentwegt fortgeführte monarchistische Geze in Bayern hat die bayerische Sozialdemokratie zu neuen Wornrufen veranlaßt. In Passau hatte die Reichswehr anlässlich des Garwintontags dem bayerischen Kronprinzen eine Ehrenwache gestellt. In Bad Kissingen hatten die Unteroffiziere des Reichswehr-Regiments Nr. 17 zu Ehren des Prinzen Alfonso eine Parade-Uniform des alten Regiments geritten. Die „Bayerische Saatzzeitung“ veröffentlicht fast täglich Berichte über die Privatreisen Wittelsbacher Prinzen zu Jagden, Dinens und Regimentsfeiern. Im Juniabend fand unter harter Beteiligung bayerischer Verbände der „Andreas-Opfer-Tag“ statt, der sich zu einem großen Aufmarsch der monarchistischen Reaktion gestaltete. In zahllosen Reden wurde die Wiedererrichtung der Monarchie in Bayern gefordert.

Auf der andern Seite wird in Versammlungen und auch in der Presse zum Kampfe gegen die Republik und deren Repräsentanten aufgerufen. Der „Miesbacher Anzeiger“ widmet dem Reichspräsidenten anlässlich seines Münchner Besuchs einen Nachruf, in dem er unter Heranziehung eines Vergleiches zwischen dem Besuch des Genossen Ford und dem Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand in Sarajewo, bei dem dieser bekanntlich ermordet wurde, mit wenig bezüßelten Worten zur Gewalttat gegen den „Berliner Reichsbog“ auffordert. In einer zum Protest gegen die schwarze Schmach einberufenen Massenversammlung war ebenfalls von einem Teilnehmer zum Mord an dem Genossen Ebert aufgerufen worden. Die Demonstranten der Versammlungen waren unter Abführung nationalisierender Lieder zum Hotel der Entente-Kommission gezogen. Wie die „Münchner Post“ mitteilt, forderte die Sippe selbst zum Totschlag an den Ententeoffizieren auf und tat alles, um einen Gewaltakt zu begünstigen. Die „Augsburger Abendzeitung“ behält sich in ähnlichem Sinne.

Gegen alle diese hebrölichen Ausschreitungen und deren Begünstigung durch den oberbayerischen Regierungspräsidenten Herrn v. Rahr protestierte die Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei in einer Entschiedenheit, in der es heißt:

Durch das an Hochverrat grenzende Eintreten für die Wiedererrichtung der Monarchie hat Herr v. Rahr, als ein auf die reichsrechtliche Verfassung berechtigte Beamter, das Staatsbürgerrecht, als Freiheit der politischen Meinung gebräut, in Anspruch genommen. Wir fordern die bayerische Regierung auf, zum Schutze des Reichstaats Bayern gegen Herrn v. Rahr ungeschwächt das Erforderliche zu veranlassen. Wir erklären, daß wir nicht gewillt sind, die unter der Laste bayerischer Trauerkunde gebunden abgehaltenen Generalwahlen zu dem Reichspräsidenten im nächsten unter Umständen herbeizuführen, sich aufgelösten Einwohnern vor republikanischen Behörden auf ungerade Zeitdauer gebuldig hinzunehmen. Wir werden die deutsche Republik mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen wissen.

Die Mordaufreue des „Miesbacher Anzeigers“ hält die bürgerliche Presse, die „auf dem Boden der Tatsachen“ fest, natürlich für durchaus begründlich. Man kann aber — ohne gerade Prophet sein zu müssen — schon jetzt behaupten, daß die energischen Willensverbindungen unzer bayerischen Genossen nicht nur der „Miesbacher Anzeiger“, sondern auch ein großer Teil der unzer „Mordbürgerlichen Zeitung“ verwandten monarchistischen Presse im übrigen Deutschland aufregen wird. —

Verteidigung des politischen Mordes

In München erscheint eine Zeitschrift „Der Wiking“, die von den Leuten der Organisation C herausgegeben und geleitet wird. Diese Zeitschrift legt nun bei Besprechung des Killingerprozesses in ihrer Nummer 9 folgendes offene Geständnis ab:

Derartige politische Terrorakte, wie der Mord an Erzberger, einen darstellend, entsprechen in keiner Weise einer einseitigen Verheißung von rechts. Wenn diese Erscheinungen auch behauptet sind, so fällt die Schuld nicht auf den Täter zurück, sondern auf die Allgemeinheit, die es zuläßt, daß derartige zweifelhafte Persönlichkeiten in den Besitz von Macht gelangen können. Solange die Parteimoral und das öffentliche Urteil in dieser Weise verfaßt, stellen politische Morde Notwehrakte dar, die zwar behauptet, aber verständlich sind.

Die oben zitierten Zeilen bedeuten ein lares Bekenntnis zum politischen Mord, das sich vor allen Dingen jene bürgerlichen Blätter merken mögen, die ihre Keinheit und Unschuld immerfort beteuern, sich aber trotzdem nicht enthalten können, die Mordmörder und ihre Sippe bei jeder Gelegenheit zu rechtfertigen. Das jeder volkshyologischen Einstellung bare Bürgerium — die „Mordbürgerliche Zeitung“ macht sich gern zu seinem Anwalt — ist natürlich ganz erschrocken und erkrankt, wenn eines Tages dem verhöhten Volke die Stränge der Schuld zerreißen. —

Mejops Esel.

Die Unabhängigen betonen sich im Kampfe gegen die Sozialdemokraten gern auf irgendwelche Neuperfungen, die Karl Kautsky einmal vor vielen Jahren getan hat. Jetzt legt aber der alte Theoretiker der Arbeiterchaft, der bekanntlich noch immer Mitglied der Unabhängigen Partei ist, in der Berliner „Freiheit“ den Finger in die Wunde der Unabhängigen, die sein eifriges Bemühen, eine Einigung im sozialistischen Lager zu erreichen, immer bereiteten. Kautsky sagt:

Unsre Partei (die U. S. P.) hat wohl erkannt, daß das, was das deutsche Proletariat augenblicklich braucht, gesichert und geordnet (im Reich, Neb. d. B.) Verhältnisse sind. Sie hat die Koalition bei diesem Bestreben unterstützt, sie ist ihr dabei in der äußeren Politik sogar vorangegangen, wie namentlich in der Frage der Unterzeichnung des Versailler Friedens, die sie nicht sonderlich aus Begeisterung für seine Bestimmungen, deren Durchführbarkeit und Verwirklichung wir sehr wohl erkannten. Wir traten für die Unterzeichnung nur ein, weil die Ablehnung vernichtende Unruhe und Unsicherheit gebracht und bereuigt hätte.

Aus den gleichen Gründen hat die U. S. P. die Regierung Birth unterstützt. Sie erwartet von ihr nicht sozialistische Maßregeln — wie sollten solche möglich werden ohne eine sozialistische Mehrheit im Reichstag! Die U. S. P. unterstützt die Regierung, weil sie von ihr am ehesten die Abwehr einer Katastrophopolitik erwartet! Aber sie wird dabei die geistige Abhängigkeit von den Kommunisten nicht los, und so geniert sie sich, dasjenige, was aus ihrer praktischen Politik wirklich verdientvoll ist, offen zugeweißen, wodurch sie es zum guten Teile weitmacht und vor allem die Einigung verhindert.

Tatsächlich treibt die U. S. P. ebenso wie die S. P. D. Koalitionspolitik. Der Unterschied der beiden Parteien ist nur der, daß die Koalitionspolitik der einen stabil ist, die der andern (der Unabhängigen nämlich, Neb. d. B.) labil, das heißt, jeden Moment zum Umfallen geneigt. So tragen sie in die Politik der Sicherung, die sie mit Recht betreiben, ein Moment steter Unsicherheit hinein.

Die geistige Abhängigkeit von den Kommunisten und Spartakisten, das war das Gebübel der U. S. P.

Deutlicher und bestimmender kann das Urteil über die unverantwortliche Politik derer, die sich „Unabhängige“ nennen, kaum sein. Den Namen Unabhängige sollte man der Deutlichkeit wegen in Unfehlständige verwandeln. Die lächerliche Rolle des berühmten Mejops Esels, der sich zwischen zwei Heubündeln befand und vor lauter Zweifel, ob er vom rechten oder linken Bündel freisen sollte, verhungerte, ist getreulich Bild der innern Verfassung, in der sich die Unabhängigen Partei befindet. Die Angst vor der verantwortungslosen Agitation der Kommunisten macht sie gegen ihr besseres Wissen schwankend und wankend. Sie sind nicht die Unabhängigen, sondern die Abhängigen. —

Notizen.

Wahl des Reichspräsidenten. In der Kabinettsitzung am Mittwoch wurde die Frage der Wahl des Reichspräsidenten angesprochen. Der Reichskanzler erklärte, daß er mit den Führern der Koalitionsparteien vornehmlich in den nächsten Tagen, auf jeden

fall jedoch nach der Entsch. des Bundesrats, über die Wahl im Hinblick stehen würde.

Bestand der Reichsrenten. Die von den Reichsrentenwollen Regierung und Spitzenorganisationen der Beamten, Gewerkschaften und Arbeiter im Januar 1922 um 10 Prozent vor. Wärlute also bisher auf die ersten 10.000 Mill. 120 Prozent Zulage gewährt wurden, erhöht sich dieser Betrag nunmehr auf 160 Prozent. Für die weiteren Beträge über 10.000 Mill. soll eine Erhöhung des Zulage von 65 Prozent auf 100 Prozent ein.

Verhandlungen mit der Garantiekommission. Bei den Verhandlungen mit dem Garantiekomitee, die am Mittwoch Nachmittag begonnen haben, wurden vier Ausschüsse gebildet, und zwar ein Ausschuss für Einnahmen und Ausgaben, ein zweiter für die Frage der Kapitalflucht, ein dritter für das Problem der lahmenden Schulden und ein vierter für Statistik.

Vorbereitungen für die Hauptkonferenz in Haag. Die Vorbereitungen für die Hauptkonferenz sind abgeschlossen. Die Mission können nun kommen. Die Missionen sind einzig über die Frage, in welchen die Verhandlungen mit ihnen vor sich gehen sollen. Als russische Delegierte sind angeordnet: Alwinow, Matowski, Kreszinski, Strafin, Solominow.

Waffenlager ausgehoben. Durch Berliner Kriminalbeamte wurde in der Nacht zum 21. Juni in Jüterbog ein großes Waffenlager entdeckt. Ein den früheren Baltikumtruppen angehörender Oberleutnant Deutscher hatte versucht, das Jüterboger Waffenlager in Berlin an den Mann zu bringen und war dabei mit Berliner Kriminalbeamten in Verbindung getreten, ohne zu wissen, mit wem er es zu tun habe. Er führte einen Kriminalbeamten nach Jüterbog zur Besichtigung des Waffenlagers und wurde Dienstag nachmittag in Berlin am Anhalter Bahnhof bei der Rückkehr aus Jüterbog verhaftet. In der Nacht wurde das Waffenlager ausgehoben. Es handelt sich insgesamt um 2 vollständige schwere Maschinengewehre, 206 Gewehre, darunter etwa 30 Karabiner, 150 Handgranaten, 5 Gewehrflügel und mehrere 100.000 Stück Munition. Die gefundenen Waffen und die Munition wurden noch in der Nacht unter Anleitung des Landrats und der örtlichen Polizeiverwaltung der Reichsreihand-Gesellschaft im alten Lager bei Jüterbog zugeführt. —

Das Defizit in Bayern. Im bayerischen Landtag teilte ein Vertreter des bayerischen Justizministeriums mit, daß der Defizitbetrag im bayerischen Haushalt für 1921 150.000.000 Mill. betraue und für 1922 auf 650.000.000 Mill. betrauen werde. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 1921 hatte man mit einem Teilbetrag von 250.000.000 Mill. und für 1922 mit einem solchen von 350.000.000 Mill. gerechnet. Trotzdem sich die monarchistische Republikaner viel einbilden auf ihre mütterliche Ordnung, können sie doch auch ganz anständige Defizite herauswirtschaften. —

Prüfungen in der italienischen Kammer. Bei Erörterung des Kolonialplans kam es am Dienstag in der italienischen Kammer zu heftigen Zusammenstößen zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken. Der Sozialist Medogliani hatte auf die Gleichberechtigung der Schwarzen mit den weißen Truppen hingewiesen. Darauf erfolgten ironische Zwischenrufe der Nationalisten. Es entstand eine regelrechte Schlächt beider Parteien, die sich mit Füßen bearbeiteten, sich zu Boden warfen und prügelten. Sogar der Stenographentisch wurde im Eifer des Gefechts umgestoßen. Der Kampf dauerte geraume Zeit, bis die Kämpfer ermüdeten. —

Late Jonecu gestorben. Der frühere rumänische Ministerpräsident Late Jonecu ist in einem Sanatorium in Rom an Angina gestorben. Er war in der Zeit nach dem Kriegsausbruch der treibende Geist bei dem Abfall Rumaniens vom Dreierbund, dem es durch geschriebene Abmachungen verpflichtet war, trotzdem er, der Freund des Herrn v. Riederlen, vorher immer als der wärmste Anhänger des Bündnisses mit den Mittelmächten aufgetreten war. —

Depeschen.

Massendemonstration in Leipzig.

S.P.D. Leipzig, 22. Juni. Die Landesauschüsse der Sozialistischen Parteien und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes rufen alle Arbeiter, Angehörigen, Beamten und Republikaner zu Massendemonstrationen gegen die besonders in Sachsen außerordentlich hart aufstrebende Reaktion auf. Am Freitag, findet auf dem Augustusplatz in Leipzig eine Kundgebung statt. Der Gewerkschaftskongress wird seine Beratungen vorzeitig abbrechen, um geschlossen zur Demonstration abzumarschieren. —

Vor einer neuen Bankiertagung?

26. London, 22. Juni. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, in maßgebenden Kreisen werde berichtet, daß eine Anleihe für Deutschland unmittelbar notwendig sei. Die französische Ansicht sei, daß nichts getan werden sollte, um zu verhindern, daß beträchtliche Summen aufgenommen werden. Das Scheitern des Bankierauschusses dürfe an Verlusten nicht entmutigen, die Frankreich bis zum härtesten Maße fördern werde. Es sei daher wahrscheinlich, daß neue Veruche unternommen werden, die Ausgabe einer Anleihe möglich zu machen.

In gut unterrichteten Kreisen sei man der Ansicht, daß Bolcatis und Lloyd George eine Exekution in dieser Frage erzielt hätten. Sicher sei, daß auf französischer Seite eine Anleihe für weitaus angehen werde. Daher sei es wahrscheinlich, daß die Einladung an die Bankiers zu einem viel früheren Zeitpunkt erfolgen werde, als bei der Bekanngung des Bankierauschusses für wahrscheinlich gehalten wurde. —

Deutsche Leistungen.

26. London, 22. Juni. Einer Wittermeldung zufolge befreiten sich die deutschen Zahlungen in Wärlute bis zum 31. März 1922 auf ungefähr 141.527.195 Goldmark. —

Die irischen Wahlen.

26. London, 22. Juni. „Daily Chronicle“ meldet über die Wahlen für das neue irische Parlament, daß das Verhältnis der Parteien nach den vorliegenden Ergebnissen ungefähr folgendes ist: Koalition der Vertragskämpfer 55, Koalition der Republikaner 23, Arbeiter 15, Landwirte 3, Unabhängige 10. —

SUNLIGHT SEIFE

SUNLIGHT SEIFE

ist eine billige Seife, denn sie macht nur ein leichtes und kurzes Verreiben notwendig, um eine Menge Schaum zu liefern, der allen Schmutz leicht entfernt.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 22. Juni 1922.

Väter und Mütter!

Am Sonntag den 25. Juni soll ihr Elternbeiräte an den Väter und Mütter wählen. Mit großem Aufgebot an Kräften und Mitteln tritt diesmal die städtische Schulverwaltung an, um sich fester denn je in den Sattel zu setzen.

Macht ihnen einen Strich durch die Rechnung!

Seht am Sonntag zur Wahl. Mann und Frau müssen gleich um 9 Uhr im Wahllokal sein. Aber damit hat noch nicht jeder seine Pflicht erfüllt.

verfündigt sich an seinen Kindern.

Agitiert noch bis Sonntag überall dort, wo eine Möglichkeit vorhanden ist. Werbt für die Liste der

Arbeitsgemeinschaft für weltliche Schule.

Der Arbeitsgemeinschaft sind angeschlossen: Sozialdemokratische Partei, Freidenkerbund, Monistenbund, Freireligiöse Gemeinde, Unabhängige Sozialdemokratische Partei und entschiedene Schulreformer.

Wählt am Sonntag den 25. Juni diese Liste!

Der Fleischwucher.

Wir haben angeblich im Handel mit Fleisch und Fleischwaren die freie Wirtschaft. Die bürgerlichen Parteien haben sie gefördert. Die bürgerliche Presse hat mit Ausdauer und Kraft dafür gekämpft.

Rede von der „freien Wirtschaft“ ein Schwindel

ist, denn eine freie Wirtschaft ist unter den Nachkriegsverhältnissen vorläufig gar nicht möglich. Zur freien Preisbildung und Abgabe muß auch eine freie Zufuhr kommen, die in einem organischen Zusammenhange steht zur Nachfrage.

Fleischpreis über den Weltmarktpreis

Von der rasenden Preisentwicklung seit Januar gibt folgende Tabelle ein Bild. Es kosteten auf den verschiedenen Viehmärkten D h e n je nach Qualität der Zentner Lebendgewicht:

Table with 3 columns: Date (vom 2. bis 6. Januar, 2.-7. April, 4.-10. Juni) and Meat types (Rachen, Berlin, Breslau, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Magdeburg, Leipzig, Nürnberg, München, Mainz) with corresponding prices in Mark.

Die Steigerung betrug demnach in 5 Monaten zum Teil über 300 Prozent. In demselben Maße sind natürlich auch die Detailpreise gestiegen. 1 Pfund Brauwurk kostet 84 Mark. Speck ist noch teurer.

Das Auslandsfleisch ist um mindestens 50 Prozent billiger, trotzdem es Kosten für Transport und Konservierung verursacht und auf dem Weltmarkt zu Weltmarktpreisen gekauft werden muß.

Bei dieser Gelegenheit soll gleich darauf hingewiesen werden, daß es im Jertum ist, wenn dieselbe angenommen wird, daß Gefrierfleisch nicht mit unserem hochwertigen Inlandsfleisch in Wettbewerb zu stellen ist.

lebenden Wasser bereiten, um das in den äußeren Schichten des Fleisches befindliche Eiweiß recht schnell zum Gerinnen zu bringen. Daselbe trifft auch für Schmor- oder Bratenfleisch zu.

Will das Publikum sich nicht willenslos ausplündern lassen, dann muß es in weitem Maße sich dem Genuß von Gefrierfleisch zuwenden. Es ist recht bezeichnend, daß jetzt 4 Jahre nach dem Kriege, das Ausland das deutsche Volk vor der Hungertod- und Hungererlösnung in den Händen bewahrt hat.

Die kluge Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Parteien, die wilde Profitgier echter „Deutscher“ hat das Volk in diese größte Ernährungsnot gebracht.

auch die kleinen Geschäftsleute.

die einfach nicht mehr einkaufen können, denen die Kunden wegbleiben, weil sie nichts mehr kaufen können an Fleischwaren und ähnlichen hochwertigen Nahrungsmitteln.

Man hat sich in eine Gegnerschaft gegen die öffentliche Bewirtschaftung hineinstecken lassen. Es klang radikal und, unterschieden oppositionell, wenn die Generalanzeiger-Preisse gegen die verhasste „Zwangswirtschaft“ loszog.

Betriebsobmänner, Betriebsvertrauensmänner und Beitragskassierer der Gewerkschaften, agitiert für die Elternbeiratswahl!

Verpflichtet die wahlberechtigten Kollegen in den Betrieben, daß sie am Sonntag zur Wahl gehen. Die Wahl findet vormittags von 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr statt.

Helft am kommenden Sonntag alle mit!

Entlarvte Schieber! Am Anfang dieses Jahres erschienen, so schreibt man uns, in schneller Folge in den hiesigen Tageszeitungen eine Reihe von Artikeln, die das Publikum auf Mißstände im Tierhandel aufmerksam machten.

Diese Zuschrift ist noch mehr als in einer Hinsicht von Interesse für die Verbraucher. Sie zeigt einmal, wie man es in gewissen Kreisen versteht, nach dem alten Sprichwort „Haltet den Dieb“ die Defensivität in die Ferne zu führen, um damit die eigenen Schiebermanöver zu verschleiern.

Vielfach schließen auch manche Leute von sich auf andre. Weiß z. B. viele Abvermieter sich im Hochschrauben der Zimmerleute an Miama-Gänge gar nicht genug tun können, glauben sie, daß andre Rentieren ebenso unverschämte sind wie sie selbst.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg. Bezirkskassierer. Die neuen Marken für Juli sind im Parteisekretariat abzuholen.

„Tageszeitung“ und Arbeiterjugend. Die hiesige gelbe, deutsch-nationale „Tageszeitung“ will die Jugendbewegung fördern, das heißt, sie will die Jugend für schwarzweiße Bestimmung gewinnen.

Die „Tageszeitung“ hat sich eine Jugendbeilage angelehnt mit dem Gewerbelehrer Wetters als verantwortlichem Redakteur, der alles auf sich nimmt, ganz gleich, wie es duftet.

Die „Tageszeitung“ beruft sich bei ihrer neuesten Schmuckannonade auf die Berliner „Freiheit“, die auch geschrieben habe, daß meistens leider Proletarierkinder durch regelhaftes Benehmen dem Wandrer die Freunde an der Natur vergrößern.

Das Baden am Sonnabend muß ausfallen. Mitgliedslisten aller Gruppen müssen sofort im Jugendsekretariat abgegeben werden zwecks Reueinrichtung der Zentrallibrary.

— Tausende Teuerungszuschüsse für Militärentner im Monat Juli. Ueber die Höhe der für den Monat Juli 1922 zu bewilligenden Teuerungszuschüsse schwirren die mannigfaltigsten Gerüchte herum. Um Jertümern vorzubeugen, geben wir folgendes bekannt: Rentenempfänger, deren regelmäßiges Einkommen (ohne die Versorgungsgebühren) zu rechnen, die jeweiligen Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung nicht übersteigt, erhalten den 4fachen Teuerungszuschlag.

— Elternbeiratswahl. Die Bezirksleiter müssen am Freitag von 4 Uhr an die Stimmzettel für die in ihren Bezirken befindlichen Schulen im Parteisekretariat abholen.

— Das Schulgeld an den städtischen höheren Knaben- und Mädchenschulen beträgt vom 1. April 1922 an jährlich für die Einheimischen 1200 Mark, für die Auswärtigen 1500 Mark.

— Fremdenverkehr und Bevölkerungsbewegung in Magdeburg. Vom Statistischen Amt wird uns mitgeteilt, daß sich in der Woche vom 4. bis 10. Juni in Magdeburg 1882 polizeilich gemeldete Fremde aufhielten.

— Die Zauberschau des Direktors Kähler im Saale der „Freundschaft“ hatte schon am Eröffnungstage zahlreiche Besucher angezogen, die denn auch nicht enttäuscht wurden.

— Das verführerische alte Eisen. Vor den Schranken des Schöffengerichts erschienen drei Arbeiterfrauen. Man sieht es ihnen an, daß Not und Sorge auch bei ihnen, jedenfalls schon öfter Einkehr gehalten haben.

— Wer kennt den Schraubenschlüssel? In der Lötlingskammer des Eisenbahnüberwachungs-Bediensteten Böhmmer wird nochmals auf den am Tatort gefundenen und wachschmerlich vom Täter zurückgelassenen Schraubenschlüssel aufmerksam gemacht.

— Ein Dolch mit wellenförmiger Klinge, Horngriff und hölzerner Scheide mit Schnitzereien bestand sich in verdächtigem Besitz. Er ist jetzt zur Verhaftung für etwa Bestohlene vormittags von 7 bis 9 Uhr bei der Kriminalpolizei, Zimmer 216 ausgelegt.

— Ein Kraftwagen gestohlen. „Stöwer“ 6/16, zwölfz. U-Boothorn, bordeauxrot mit schwarzem Rand, schwarze Decke, Spitzfächer, verstellbarer hinterer Sitz.

— Eine Krüge im Arbeitersekretariat liegengeblieben. Berliner kann sie in den Bureaukunden abholen.

Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Das Baden am Sonnabend muß ausfallen. Mitgliedslisten aller Gruppen müssen sofort im Jugendsekretariat abgegeben werden zwecks Reueinrichtung der Zentrallibrary.

Theater, Konzerte, Vorträge etc. Städtische Theater, Victoria-Theater. Freitag: Der heilige Pat. — Sonnabend: Der Rattenjäger. — Sonntag: Der Pörrer von Ruchfeld.

11. deutscher Gewerkschaftskongress.

Leipzig, 21. Juni.

Dritter Verhandlungstag. Vormittagssitzung.

Recher erhält das Schlusswort zum Geschäftsbericht und sagt, daß er mit dem Verlauf und mit dem Ergebnis der Debatte wenig zufrieden ist.

Der Kampf der Kommunisten gegen die Generalstreikparole von Rom entspringt keiner andern Ansicht als der, volle Bewirtung und Anruhe in die Arbeitermassen zu bringen.

Die Kritik Dismanns war unerschrocken. Er hat unsern Kampf um die 10 Punkte kritisiert und in dieser Kritik wichtige Bemerkungen mitgeteilt.

Er hat unsern Kampf um die 10 Punkte kritisiert und in dieser Kritik wichtige Bemerkungen mitgeteilt.

Zu dem 11. Jahrestag bemerkt Leipziger, daß in einer Regierung die sich der Ertragsfähigkeit der Arbeiter nicht anpaßt, für Arbeitervertreter kein Platz ist.

Im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung wünscht er zum Schluß, daß die allbewährten Mittel der Gewerkschaft beibehalten und auf dem zum Ziele führenden Wege fortgeschritten werde.

Die zehn Forderungen. — Erfassung der Sachwerte. In der Abhandlung über die zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge wird nach lebhafter Debatte folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der 11. deutsche Gewerkschaftskongress macht sich die von den Reichstagen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa im November 1921 aufgestellten zehn Forderungen zu eigen.

Für die Redaktionskommission berichtet Sprecher (Schneiderverband). Er empfiehlt u. a. die Ablehnung der kommunistischen Entschließung der Ratentransparenz gegen Bundesvorstand und Revision der Betriebsratgewinnung sowie die Annahme eines Vertrauensbrotums für den

Bundesvorstand. Abgelehnt werden soll auch die Entschließung für die Freilassung der politischen Gefangenen in Deutschland und die kommunistische Entschließung über die Frauenfrage.

Als Dismann (Metallarbeiter) wieder das Wort zu einer Erklärung gegen die Abstimmung über einen nicht zur Debatte gestandenen Antrag erhält, wird er vom Kongress mit für mich ein Entrüchtungsrufer gegen seine vorgeschlagenen Wortmeldungen empfangen.

Der Kongress nimmt Kenntnis von dem kritischen Stande der parlamentarischen Verhandlung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide.

Der Kongress fordert, daß der Reichstag dem Gesetz eine Fassung gibt, durch die die Brotversorgung der versorgungsberechtigten Bevölkerung in ausreichendem Maße zu ermöglichen ist.

Angenommen wird ebenfalls eine Entschließung gegen die Leistung.

Möblierte Zimmer für Ausstellungsbesucher. Das ist sofort angemeldet bei dem Wohnungsbureau der Ausstellung.

Weiter wird angenommen ein Antrag der Kommunisten. Die sofortige Freilassung aller der Arbeiterklasse angehörenden Gefangenen und eine umfassende Amnestie für alle politischen und damit zusammenhängenden Verbrechen und Vergehen.

Zeitpunkt stellt fest, daß die Gegner des Antrags ihn nicht deshalb abgelehnt haben, weil sie die Festhaltung der Gefangenen fordern, sondern weil der Wortlaut des Antrags nicht ihre Zustimmung fand.

Sodann wird gegen den Protest der Kommunisten folgende Resolution angenommen:

Der 11. Gewerkschaftskongress als Vertreter von circa acht Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen Deutschlands erhebt stammenden Protest gegen die in Moskau getriebene Sowjetpolitik gegen die Sozialrevolutionäre.

Weiter appellieren wir an das gesamte russische Proletariat mit allen Mitteln dafür zu wirken, daß für unsere angegriffenen Arbeitsgenossen in Russland volle Freipredigung erfolgt.

Anschließend spricht der Kongress mit Dreiviertelmehrheit dem Bundesvorstand das Vertrauen aus.

Angenommen wurde ferner eine Entschließung, die den Delegierten von Rom über die Bekämpfung des Militarismus und des Krieges zufließt.

Dismann erhält Körpel (Betriebsrätezentrale) sein Referat über Betriebsräte und Gewerkschaften. Seinen Ausführungen,

denen der Kongress mit lebhaftem Interesse folgt. Fast eine Entschließung zugrunde, in der es unter anderem heißt:

Die Gewerkschaften sind stets für die Ausgestaltung des Arbeitsrechts und die Mitbestimmung in der Betriebsführung eingetreten.

Durch das inzwischen eingeführte Betriebsrätegesetz, das Bilanzgesetz und das Aufsichtsratsgesetz sind jetzt von den Arbeitnehmern frei gewählte Vertretungen zugelassen worden.

Die Alleinbesitzer der Unternehmer in ihren Betrieben ist damit im Prinzip durchbrochen.

Die Betriebsräte müssen nunmehr die gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer im Betrieb wahrnehmen, deren Sicherung und Ausbau den Gewerkschaften obliegt.

Nachmittagsitzung. Vor Eintritt in die Debatte über das Referat Körpels empfiehlt die Redaktionskommission die einstimmige Annahme der Resolution des Referenten und eine dazu vorliegende Ergänzung der Entschließung Brey (Fabrikarbeiter).

Ubler (Fabrikarbeiter) begründet die Entschließung Brey und stellt fest, daß die nach parteipolitischen Grundfragen gewählten Betriebsräte ihre Aufgabe nicht erfüllen können und fordert zur Abstellung dieses Uebelstandes für die Neuwahl der Betriebsräte eine planmäßige Vorbereitung der Wahlen.

Schmitz (Eisenbahner) wendet sich gegen die Resolutionen Körpel und Brey und begründet seine eigene, die vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund fordert, daß er für den Ausbau des Mitbestimmungsrechts und die Beseitigung aller Sondergesetze für die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten eintritt.

Müller (Transporthandwerker) erhebt die Angelegenheit sich mit den Betriebsräten der Arbeiter wieder an einen Tisch zu setzen und sie mit ihrer besten Schulbildung zu unterstützen.

In der weiteren Diskussion traten die meisten Redner für die Resolutionen Körpel und Brey ein. Nur die Kommunisten lehnen alles ab.

In der Abstimmung wurden die Resolutionen Körpel, Brey und Schmitz angenommen, ferner wurden zwei Anträge angenommen, von denen der eine den Betriebsräten das Recht abspricht, mit den Unternehmern über die Lohnverhandlungen usw. zu beraten, während der andre wirtschaftliche Schulen für die Betriebsräte fordert.

Dann vertagt sich der Kongress auf Donnerstag vormittag.

Kleider machen Leute.

Von Gottfried Keller.

(10. Fortsetzung.)

„Was, können Sie jetzt?“ sagte Reithen, überzeugs Blick werfend, indem ihr Herz wunderbar klopfte.

Da flammten Benzels Augen groß und tief auf, und er rief: „Ja, jetzt ist es mir klar und deutlich vor Augen, wie es gekommen wäre! Ich wäre mit Dir in die weite Welt gegangen, und wußtest ich einige kurze Tage des Glücks mit Dir gelebt hätte ich Dir den Rest meines Lebens mit Dir glücklich gemacht.“

„Das hätte ich auch in dieser fiktiven Welt selbst schon gemacht und mich nicht erwehrt, daß ich je ein Diener gewesen bin.“

„Das ist aber eine tolle Idee, die ich nicht verwirklichen kann.“

„Das ist aber eine tolle Idee, die ich nicht verwirklichen kann.“

„Das ist aber eine tolle Idee, die ich nicht verwirklichen kann.“

nisse, von welchen die Mutter gern zu träumen pflegte. Viel mehr würde sie sich harter Arbeit hingeben, um uns zu erziehen, und damit das Beste, was sie hatte, etwas bessere Haltung und Kleidung, anzuflehen.

„Hier sollte Benzel Strapazieren abwaschen und wuschte sich nicht mehr sorglos.“

„Benzel erwiderte und antwortete: Die sagte etwas Selbstvertrauensvolles, was ich nicht recht verstehen konnte.“

„Benzel erwiderte und antwortete: Die sagte etwas Selbstvertrauensvolles, was ich nicht recht verstehen konnte.“

„Benzel erwiderte und antwortete: Die sagte etwas Selbstvertrauensvolles, was ich nicht recht verstehen konnte.“

„Benzel erwiderte und antwortete: Die sagte etwas Selbstvertrauensvolles, was ich nicht recht verstehen konnte.“

als meine Zeit gekommen war, einsam in die Welt gereist und endlich hier in mein Unglück geraten.“

Reithen lächelte, als er dieses vor sich hin sagte und sie ihn dabei aufmerksam betrachtete.

„Da Sie“, sagte sie plötzlich, aber dennoch mit zögerndem, spitzigem Wesen, „sind so wertgeschätzt und liebenswürdig waren, so haben Sie ohne Zweifel auch jederzeit Ihre gehörigen Verdienste und Vergelohnungen gehabt und wohl schon mehr als ein armes Frauenzimmer auf dem Gewissen — von mir nicht zu reden?“

„Ach Gott“, erwiderte Benzel, ganz rot werdend, „ich bin Ihnen dankbar, habe ich niemals auch nur die Fingerzpitzen eines Mädchens berührt, ausgenommen —“

„Ach“, sagte Reithen.

„Ach“, fuhr er fort, „das war eben jene Frau, die mich mitnehmen und bilden lassen wollte, die hatte ein Kind, ein Mädchen von sieben oder acht Jahren, ein seltsames heftiges Kind und doch gut wie Juter und schön wie ein Engel.“

„Benzel erwiderte und antwortete: Die sagte etwas Selbstvertrauensvolles, was ich nicht recht verstehen konnte.“

(Fortsetzung folgt.)

Vereine und Versammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Am Sonntag tagte im „Kongresshaus“ eine außerordentliche Generalversammlung der Verwaltung Magdeburg mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. G. N. S. über Kongressarbeiten des Kapitals, 2. Wahl eines Bureaubeamten. Der Referent schilderte die bewundernswürdige Anfassungsfähigkeit der Industriemagnaten an die Verhältnisse und die Zusammenfassung der sich grundverschiedener Unternehmungen zu immer größeren Betrieben, um im Konkurrenzkampf sich behaupten zu können. Gebirgen durch den Kohlenmangel und die Preise, werden bei den Anstrengungen von der deutschen Industrie gemacht, die Vorteile der Wirtschaft auszunutzen, um gegen die englische und die amerikanische Industrie wieder im Vorprung zu sein, wünschenswerth aber auf der gleichen Höhe sich behaupten zu können. Darum Kampf gegen eine weitere Verschlechterung der Papiermark und der Geldentwertung. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund wird in Leipzig die Pflicht haben, Karolen herauszugeben, um den Kampf einheitlich und wirkungsvoll zu gestalten. Was inzwischen geschehen ist, wie unsere Leser aus dem Bericht über den Gewerkschaftskongress erfahren. (Red.) Dass ist aber notwendig, daß keine weitere Zerreißung und Auseinanderdriftung, sondern eine Zusammenfassung der gesamten Arbeiterkraft wieder eintritt. Der Referent war der Ansicht,

daß sehr wohl die politischen Momente im gewerkschaftlichen Rahmen debattiert werden sollen, da nach seiner Überzeugung die politischen und wirtschaftlichen Grenzen zu einem Teil ineinanderlaufen, denn durch die Kapitalkonzentration überleben sich die engern Grenzen der Gewerkschaften. Sachverfassung und Geldentwertung werden in der nächsten Zeit Probleme der Gewerkschaften sein, dazu ist aber eine größere wirtschaftliche Erkenntnis notwendig. An der Diskussion beteiligten sich Große und Mogang und geben den Delegierten für den Gewerkschaftskongress, den Kollegen Kaufers und Kluge, auf den Weg, dort dafür einzutreten. Zum 2. Punkte der Tagesordnung berichtet Kollege Greif zu im Namen der Gewerkschaftskommission, daß 15 Kollegen sich dem Vorhaben haben. Vier Kollegen stellte die Kommission zur engern Wahl. Gewählt wird der Kollege Emil Krätzig bei 180 Stimmhaltungen der R. B. D. Kollege Kaufers schließt die trotz des Sporttags gut besuchte Versammlung mit der Aufforderung, sich an den Veranstaltungen der Arbeiterpartei reiflich zu beteiligen.

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Voranmeldung, die Seite 4.00 Mark, aufgenommen.
 Freireisende Gemeinde u. Deutscher Konsumbund, Gemeinsame Sonntagabend am Sonntag den 24. Juni, abends 8 Uhr, in der „Sahauelle“.
 Arbeiterverein Magdeburg-Südost, Freitag den 23. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Fuhrmann.

Groß-Ostseeleben, Männer-Turnverein Sahn, Freitag abend 8 Uhr Treffpunkt sämtlicher Mitglieder, Rasthausfabrik. [278]

Wasserstände.

+ bedeutet über - unter Null		Wasserstand	
alte	neu	alte	neu
21. 6.	—	Witten	—
22. 6.	—	Größe	22. 6. + 0,82
—	—	Erpba	+ 1,68
—	—	Reise Oberep.	+ 1,18
—	—	Reise Unterep.	+ 0,29
—	—	Gräbne	+ 0,38
—	—	Brandenburg	—
—	—	Oberpegel	21. 6. + 2,02
—	—	Brandenburg	—
—	—	Unterep.	+ 0,45
—	—	Kattowen	—
—	—	Oberpegel	+ 1,39
—	—	Kattowen	—
—	—	Unterep.	—
—	—	Savelberg	—
—	—	Savelberg	—

Wettervorhersage.

Freitag, 23. Juni: Wolkig, mäßig warm, zeitweise Regen, streifweise Gewitter

Nächste Woche Ziehung

Staatliche Lotterie-Einnahme
Wolfgang Frauboes
 Breiteweg 129.

LOSE

1. Klasse und folgende 20. (246.) Lotterie
 Gesamtauslosung einer Lotterie

306 Millionen

4 Prämien von zusammen 3 Millionen Mark.
 36 Hauptgewinne

4x1 Million | 6x200 000
 4x500 000 | 4x150 000
 6x300 000 | 2x125 000
 2x250 000 | 8x100 000

Jeher 2000 Gewinne von 75 000 bis 5000 Mark

Lospreise 1. Klasse inkl. ausl. Zuschlag

Achtel	Viertel	Halbe	Ganze	LOSE
15.50	31.20	62.40	124.80	Mark

Zirkus- **ZL** Lichtspiele

Heute bis einschließlich Donnerstag:

Lars Hanson
Lillibil Christensen

spielen die Hauptrollen in dem schwedischen Geheimnisfilm

Das Lied von der glutroten Blume.

Otto Spielmann

das beliebte frühere Mitglied des Zentraltheaters, hat den entscheidenden gesanglichen Teil des Films übernommen.

Hil Dagover und Hugo Flint
Emil Heise und Waffli Bronsky

sind die Träger der Hauptrollen des zweiten deutschen

Ueberraschung

für sich bildet.

Beginn: Wochentags 6 Uhr, Sonntag 3 Uhr. — letzte Abendvorstellung 8.30 Uhr.

Lichtspielhaus Panorama

Heute bis einschließlich Montag:

Lydia Salomanova
 in
Das Souper um Mitternacht

Der große Abenteuerfilm.

Ein reizender Publikumfilm von sehr geschickter und glücklicher Aufmachung. Die Regie ist außerordentlich viele durchaus ursprüngliche Einfälle versehen den Bildern Unerwartung und Reiz, lustige Stimmungen und scharfe Spannungen sind über den ganzen Film verbreitet, die einzelnen Szenen sind wahrheitsgetreu und doch diäret gefeiert.

William S. Hart
 Amerikas berühmtester Cowboydarsteller

in
Die Sklavin des Banditen

Ein erschütterndes Drama der Steppe.

Außerdem

Charlie Chaplin: Chaplin hat einen Schwips

Beginn der Vorstellungen wochentags 3 1/2, Sonntag 3 Uhr.

Fußschweiß
 Spezialmittel
 Hof-Apothek, Seifensieg 138.

Brillanten
 reine Ware, modern und aller Schick, auch Spalten mit Bohren, Karat. 718

F. Strenbel, Juwelenfasserstr.
 Magdeburg, am Ringhof, im besten Hause, telefonisch, ohne Schalter, telefonischer Betrieb

Bank- und Sparverein Sahn Osterweddingen

Bilanz am 31. Dezember 1921

aktiva	passiva
Grundkapital 43.377,25	Gesamtschulden 22.829
Reserve 625,11	Reichsrenten 375,00
Sparrenten 78.670,71	Sparrenten 49.129,24
Darlehens 235,45	Bausparen 92.882,52
Nicht bezahlte 1.000,00	Bausparnisse 32.500,00
Bankguthaben 52,42	Gesp. Einlagen 55,00
Schulden 814,19	Reingehören 3.628,8
Ges. 123.042,53	Ges. 123.042,53

Schulden- und Sprechrechnung für 1921

aktiva	passiva
Gesamtschulden 42,10	Recht 23.987
Sparrenten 72,89	Darleh. 1.378,20
Sparrenten 72,11	Recht 624,4
Bankguth. 24,80	Bankguth. 81,6
Schulden 368,85	Bausparen 92,40
Ges. 516,75	Ges. 516,75

Schuldenerklärung am 1. Januar 1921 ist, wenn geteilt 1. angeschlossen 15, nachher Schuld am 1. Dezember 1921 ist.

Die Sahnvereine betragen 1921 311. — Das Gesamtvermögen der Mitglieder beträgt 22.829 Mk.

Der Kassier: G. Robell, Vorsitzender.
 Der Prüfungsausschuss: R. Freitag, S. Hoff.

Stadttheatergarten

7 1/2 Seden Dienstag 7 1/2
 und Freitag

KONZERT

Dofst. Fleischhauer von best. Schweinefleisch direkt d. Hauschlacht pro Pfd. 20 Pf. Geflügel bitte mit C. W. Straß am Nachl. Kaiser-Otto-Ring 71. H.

Kammer-Lichtspiele

Heute bis einschließlich Montag

Grete Hollmar
Astrid Holm

in
Der Fuhrmann des Todes

Stimme nach der gleichnamigen Erzählung von Selma Lagerlöf.
 Schicksal der Hauptrolle ist die „Dramatik“.
 Die Zuschauer werden mit vollem Herzen zum Spiel, nach jedem Akt werden sich die Preise in reichhaltigen Coup.

Grete Hollmann, Lilly Lehner
Heinz Hoff, Franz, Ferdinand Martini

in
Die große Lüge

Der Film handelt von der Verführung einer jungen Engländerin. Sie ist ein Werk der Genie des Schicksals.

Freitag 7 1/2 Uhr
Sonntag 3 Uhr

Jeher Sonntag von 11 bis 1 Uhr große Frühvorstellung!

Thalia-Lichtspiele Backau

Freitag bis Montag:

Expedition Südpol-Expedition

Ein naturgetreuer Reiterfilm, ein lebendes Dokument u. eine wahrheitsgetreue Schilderung einer rührenden Heldentat.

Die Geheimnisse der 3. Novembertwoche

in Vertretung: Der Malheurzeiger.

Möbel

Spezialgeschäft
 283 Sahn
 Der vorzügliche
 Spezialist für
 Schränke
 Kassetten
 Spiegel
 etc. etc.

Städtische Theater Bittoria-Theater

Freitag den 23. Juni
 Beginn des Hauptstückes
 Der heilige Rat
 Sonntag den 24. Juni
 Der Narrenzettel
 Hauptstück im Bureau
 des Verkehrsvereins
 Sonntag den 25. Juni
 Der heilige Rat
 Sonntag den 26. Juni
 Der Narrenzettel

ZENTRAL-THEATER

Freitag 7 1/2 Uhr
 Der große Erfolg!
Schwalbenhochzeit
 Hauptrolle von Selma
 Erste Vorstellung!

Walhalla Lichtspiele

Freitag den 23. Juni bis einschließlich Donnerstag den 29. Juni:

!!! Die große Sensation !!!

Die Raubzüge der Totentopfflieger!

Der Hauptdarsteller dieses kolossalen Films ist der weltberühmte amerikanische Championflieger **Locklear** genannt:

Der Teufel der Wolken.

Aufregendsten auf der Erdoberfläche. Das Heberklettern an einer Strickleiter auf ein anderes Flugzeug. *Müde mit dem Fallschirm in voller Fahrt und aus 10000 Fuß Höhe sind nur einige von den vielen Sensationen, welche von den tollkühnen Fliegern in diesem hochinteressanten Film ausgeführt werden.

Außerdem:

Die schwarze Lu

Großes Stückenrama. 811

Spielzeit: Wochentags von 5 bis 10 1/2 Uhr, Sonntag 3 bis 10 1/2 Uhr.